



Einzelpreis 5,- €

WirKommunalen

Praxismagazin für Politik in Stadt und Land

1/19



#KommunenForFuture

MIT KOMMUNALEN PARTNERSCHAFTEN DIE ZUKUNFT GESTALTEN



Packen Sie lokale Herausforderungen gemeinsam an

Klimawandel, Migration, Mobilität, Digitalisierung – Zukunftsfragen lösen Kommunen leichter in Zusammenarbeit mit ihren globalen Partnern. Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt unterstützt Städte, Gemeinden und Landkreise beim Aufbau und der Gestaltung kommunaler Partnerschaften auf Augenhöhe.

Wir beraten Sie · Telefon: 0228 20 717-670 · www.kommunal-global-engagiert.de

**ENGAGEMENT
GLOBAL**
Service für Entwicklungsinitiativen



mit ihrer

SERVICESTELLE
KOMMUNEN IN DER EINEN WELT

Im Auftrag des



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

Liebe Leserin, lieber Leser,

freitags demonstrieren weltweit Woche für Woche mehr Schülerinnen und Schüler, um die Politik auf die Klimakrise aufmerksam zu machen.

Im Dezember 2015 wurde das Pariser Klimaabkommen mit dem Ziel unterzeichnet, die Erderwärmung gegenüber dem vorindustriellen Niveau auf „weit unter“ 2 Grad Celsius zu begrenzen. Bis 2050 will Deutschland dazu weitgehend klimaneutral werden. Diese ambitionierten globalen und nationalen Ziele sind nur in enger Zusammenarbeit mit der lokalen Ebene, mit Kommunen und Bürgern zu erreichen. Doch seit Paris bewegt sich wenig. Die USA sind aus dem Abkommen wieder ausgestiegen und nicht nur in Deutschland laufen viele Diskussionen ins Leere. Anstatt über Klimaschutz wird über Schulpflicht gestritten, wissenschaftliche Fakten werden in Frage gestellt und Desinformationen verbreiten sich massenhaft vor allem über die Sozialen Medien.

„Wir sind hier – wir sind laut – weil ihr uns die Zukunft klaut“, skandierten tausende junge Menschen auf den Marktplätzen und vor den Rathäusern. Mitte März gab es schon in über 200 deutschen Städten Demonstrationen. „Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht, ihr nicht“, zitierten die Jugendlichen ihr Vorbild Greta Thunberg, die „Fridays for Future“ begründet hat.

Auch die Kommunen machen ihre Hausaufgaben seit langem. Kommunen und Regionen auf der ganzen Welt setzen sich aktiv für den Klimaschutz ein. Viele Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in Deutschland bestärken daher die Jugendlichen in ihrem Protest, viele stellen sich ihren Fragen, einige laufen mit.

Denn es ist die Kommunalpolitik, die sich schon seit Jahren nachhaltig dafür einsetzt, dass die Klimaziele auch erreicht werden. Städte und Gemeinden spielen eine Schlüsselrolle im Kampf gegen den Klimawandel und tragen maßgeblich zur Umsetzung der Klimaziele bei. Anstatt auf Ansagen von oben zu warten, haben die Kommunen schon zahlreiche Maßnahmen zur Reduzierung von CO₂-Emissionen in die Wege geleitet. Sie haben innovative Klimaschutzkonzepte erstellt und ihre Straßenbeleuchtung auf LED umgestellt. Sie sorgen für eine umweltfreundliche Mobilität und sanieren ihren Gebäudebestand energetisch. Und sie setzen ihre Anstrengungen jeden Tag weiter fort.

Sie finden im aktuellen WirKommunalen-Heft einen kleinen Ausschnitt zu den unterschiedlichsten Aspekten kommunaler Klimaschutzaktivitäten. Wir hoffen, dass wir Ihnen damit Anregungen, Ideen und Hilfestellungen für Ihre praktische Arbeit vor Ort geben können und wünschen viel Spaß beim Lesen.

Henning Witzel



IMPRESSUM

PROJEKTLEITUNG UND VISDP: **HENNING WITZEL** ASK AGENTUR FÜR SALES UND KOMMUNIKATION GMBH, BÜLOWSTRASSE 66, 10783 BERLIN

REDAKTION: **GERO FISCHER, BIRGIT GÜLL** ANZEIGEN: **KERSTIN BÖHM, SIMONE ROCH**

LAYOUT: **JANA SCHULZE** TITELBILD: **HAUKE-CHRISTIAN DITTRICH/PICTURE ALLIANCE/DPA**

DRUCK: **DRÄGER+WULLENWEVER PRINT+MEDIA LÜBECK GMBH & CO. KG** GRAPENGIESSERSTRASSE 30, 23556 LÜBECK

ERSCHEINUNGSTERMIN: **APRIL 2019**

ANPASSUNG AN DEN KLIMAWANDEL

Wie weit sind die Kommunen?

ANDREAS VETTER UND ANDREJ LANGE, UMWELTBUNDESAMT

Manchmal wird der Eindruck erweckt, dass der Klimawandel noch sehr fern ist und uns in Deutschland kaum betrifft. Dabei sind schon heute weitreichende Klimaänderungen zu beobachten – auch hierzulande. In Zukunft werden sich der Klimawandel und seine Folgen noch verstärken. Städte und Gemeinden sind in besonderem Maße von den Folgen des Klimawandels betroffen: Hochwasserereignisse und Überflutungen, Hitzeinseln in städtischen Quartieren, Starkregen und Stürme gefährden nicht nur Mensch und Gesundheit, sondern auch kommunale Infrastrukturen. Es ist daher wichtig, dass wir uns rechtzeitig und effizient anpassen.

Welchen Maßnahmen setzen Kommunen bereits um? Was hindert sie daran, sich stärker vorzubereiten? Auf diese und weitere Fragen haben Kommunen bei einer Befragung des Deutschen Instituts für Urbanistik im Auftrag des Umweltbundesamtes (UBA) geantwortet.

Von der Nische zum Mainstream

Die Ergebnisse der Studie zeigen deutlich: Immer mehr Kommunen engagieren sich in der Klimaanpassung. Sie werden vor allem dann aktiv, wenn sie selbst von extremen Wetterereignissen betroffen waren. Darüber hinaus handeln Kommunen, wenn die Führungskräfte innerhalb der Verwaltung

und Politik von der Notwendigkeit des Handelns überzeugt sind und sie Schnittstellen zu ohnehin bearbeiteten Themen sehen. Damit Kommunen Maßnahmen zur Klimaanpassung auf den Weg bringen können, ist konzeptionelle Vorarbeit erforderlich. 40 Prozent der befragten Kommunen geben an, einen politischen Beschluss zur Erarbeitung von Anpassungsstrategien oder -konzepten vorliegen oder in Arbeit zu haben. 46 Prozent haben eine verwaltungsinterne Bestandsaufnahme zur Klimaanpassung durchgeführt oder arbeiten daran. Immerhin haben bereits 27 Prozent der Antwortenden einen Beschluss gefasst oder sind dabei, einen solchen zu erstellen, um vorhandene Anpassungsstrategien oder -konzepte umzusetzen. Erfreulich ist, dass die Mehrheit der befragten Kommunen bereits Maßnahmen zur Klimaanpassung planen oder umsetzen. Viele Kommunen bestätigen, dass die Deutsche Anpassungsstrategie (DAS) dazu geführt hat, Klimaanpassung in der Verwaltung und auch in der Kommunalpolitik bekannter zu machen. Dabei setzen vor allem die Informationsangebote und Fördermöglichkeiten des Bundes zur Klimaanpassung wichtige Impulse für die Kommunen.

Durch die Umfrage wurde jedoch auch deutlich, dass den Kommunen die Nutzung des vorhandenen Wissens und der Fördermöglichkeiten erleichtert werden sollte. Folgende Förder- und Informationsangebote des Bundes werden durch Kommunen genutzt oder besonders wahrgenommen: die Förderangebote der Kommunalricht-

linie des Bundes und des DAS-Förderprogramms, die UBA-Informationstools Klimalotse und Tatenbank sowie der Monitoringbericht zur DAS.

Die Wahrnehmung der Kommunen ist, dass eine freiwillige Umsetzung der Klimaanpassung deutlich langsamer voran kommt als eine verpflichtende. 74 Prozent der befragten Kommunen geben an, dass sie Klärungsbedarf sehen, ob die Klimaanpassung zu den kommunalen Pflichten gehört und wie eine angemessene Finanzierung der anfallenden Aufgaben zu lösen sei. Darüber hinaus macht eine europaweite Studie anhand von 885 analysierten Städten sehr klar, dass Anpassungspläne fünfmal häufiger in Ländern entwickelt werden, in denen sie für die Kommunen verpflichtend sind – beispielsweise in Dänemark, Frankreich, der Slowakei und Großbritannien.

Finanzierung, Wissen und Akzeptanz

Auch wenn viele Kommunen bereits aktiv Klimaanpassung voranbringen, so zeigen die Ergebnisse auch, dass zumindest für ein Drittel der befragten Kommunen Klimaanpassung noch gar keine Rolle spielt. Bei diesen liegt noch kein politischer Beschluss, kein Maßnahmenprogramm und auch kein anderes Konzept oder Instrument zur Klimaanpassung vor beziehungsweise ist nichts dergleichen geplant. Ergänzt wird dieses Bild durch die Tatsache, dass ein Drittel der befragten Kommunen keine Personalkapazitäten für kommunale Klimaanpassung zur Verfügung hat. Nur wenige haben mehr als eine Vollzeitstelle für dieses Thema ausgewiesen.

Darin zeigt sich auch die Kluft zwischen kleineren Kommunen und Großstädten. Letztere können im Regelfall mehr Personal zur Klimaanpassung aufbauen. Für kleinere Kommunen ist das oft gar nicht möglich. Klimaanpassung muss in diesen Fällen innerhalb der vorhandenen Kapazitäten mitbearbeitet werden. Eine umfassendere strategische Bearbeitung ist in diesen Fällen nicht zu leisten und Klimaanpassung kann nur punktuell umgesetzt werden.

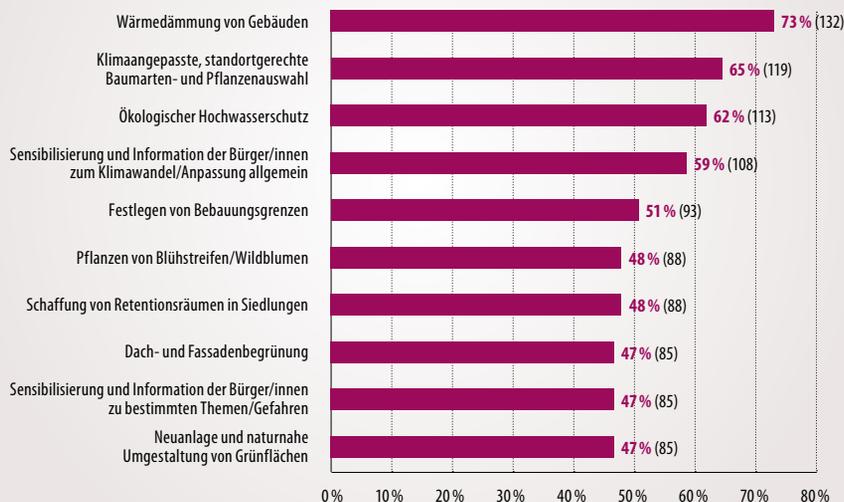
Dementsprechend sehen die Kommunen knappe Ressourcen zur Vorbereitung und zur Umsetzung von Klimaanpassung als das stärkste Hemmnis. Weitere Barrieren liegen vor, wenn Erfahrungen mit der Klimaanpassung fehlen oder die Datengrundlagen nur unzureichend verfügbar sind. Zudem bremsen eine geringe Akzeptanz in der Bevölkerung, bei der lokalen Politik oder in der Verwaltung Klimaanpassungsaktivitäten aus.

Das Umweltbundesamt unterstützt und vernetzt

Gemeinsam mit dem Deutschen Wetterdienst hat das Umweltbundesamt im Auftrag der Bundesregierung das Klima-

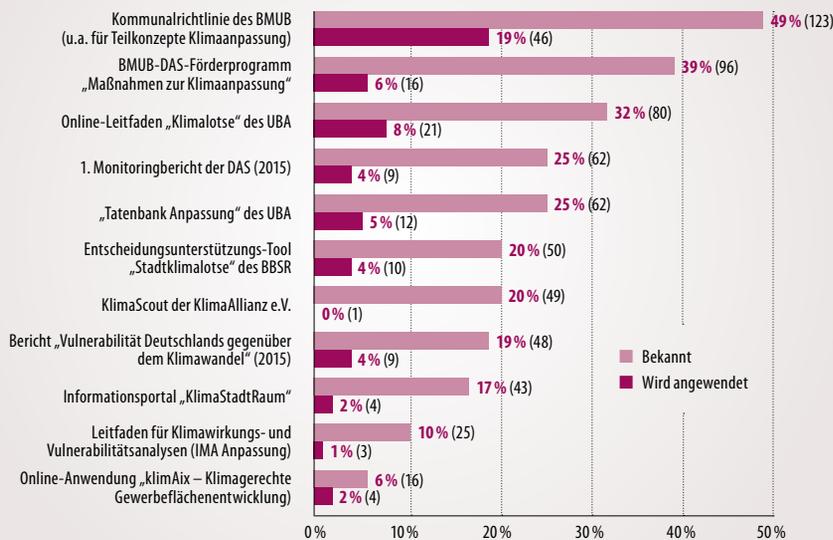
Verfolgt Ihre Kommune Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel? Welche Maßnahmen zur Klimaanpassung verfolgen Sie in Ihrer Kommune?

Von den 182 Antwortenden, die Maßnahmen umsetzen oder planen, wurden folgende 10 Maßnahmen am häufigsten genannt:



Welche Methoden und Instrumente aus dem Kontext der DAS und des APA sind in Ihrer Kommune bekannt, und welche werden in Ihrer Kommune angewendet?

(n=249, Mehrfachnennungen)



Quelle: UBA 2019

vorsorgeportal (www.klivoportal.de) als zentralen Wegweiser zu Klimainformationsangeboten entwickelt. Kommunen sind hier eine zentrale Zielgruppe. Weitere eigene Informationsdienste des UBAs wie der Klimalotse (www.umweltbundesamt.de/klimalotse) und die Tatenbank (www.umweltbundesamt.de/tatenbank) unterstützen Kommunen bei der Erstellung von Anpassungskonzepten und zeigen Beispiele für erfolgreich umgesetzte Maßnahmen. Dies wird praktisch ergänzt beispielsweise durch Leitfäden zur Aufstellung von Hitzeaktionsplänen und für Gestaltungsmöglichkeiten in der räumlichen Planung. Zusätzlich fördert das Bundesumweltministerium kommunale Leuchtturmvorhaben mit dem Förderprogramm für

Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel. Auch das Umweltbundesamt bietet vielfältige Vernetzungs- und Beteiligungsformate in Sachen Klimaanpassung an.

Weitere Infos

Reckien et al. (2018): **How are cities planning to respond to climate change?** Assessment of local climate plans from 885 cities in the EU-28 In: Journal of Cleaner Production 191, S. 207-219

UBA (2019): **Umfrage Wirkung der Deutschen Anpassungsstrategie (DAS) für die Kommunen, Climate Change 01/2019.** Online unter: www.umweltbundesamt.de/publikationen/umfrage-wirkung-der-deutschen-anpassungsstrategie

ALLES HÄNGT MIT ALLEM ZUSAMMEN

Kommunaler Klimaschutz: Nachhaltigkeits-Bewusstsein muss gestärkt werden

HEINZ WRANESCHITZ



Für mehr Nachhaltigkeit gibt es in der Verwaltung viele Stellschrauben.

Kommunaler Klimaschutz ist mehr als nur Energiesparen: Es geht allgemein um Nachhaltigkeit. Beispielhaft nachhaltige Behörden und Kommunen können neben anderen Verwaltungen auch ihre Lieferanten zum Nachdenken bewegen, da ist Jutta Einfeldt vom Freistaat-Bayern-nahen Carmen e.V. sicher. Denn „auf jeden Mitarbeiter entfallen Beschaffungen für 500 Euro im Jahr. Die Verwaltung hat Marktmacht.“ Doch sind sich alle dieser Tatsache bewusst?

Um etwas zu erreichen, muss nicht jede Einheit alles neu erfinden. Jutta Einfeldt schlägt beispielsweise vor: „Nutzen Sie den ‚Leitfaden nachhaltige Beschaffung‘ des Landes Hessen!“ Da steht jede Menge drin, was ohne Probleme auch außerhalb Hessens umzusetzen ist.

Genauso wenig sind unbedingt externe Berater nötig, um beim Klimaschutz voranzukommen. Ein Beispiel ist Wilhelm Forster. Der Steuerbeamte ist nebenbei für

das Energiemanagement am Landshuter Finanzamt verantwortlich. „Unsere Motivation: Als staatliche Behörde oder Kommune müssen wir immer sparsam mit den Mitteln umgehen. Das ist beim Energieverbrauch lange zu kurz gekommen.“

Licht-aus-Plakette

Bis er 2014 die Startaktion zum Stromsparen aus der Taufe hob. „Ganz banal: Mit einer Plakette ‚Licht aus‘ an jedem Schalter. Plötzlich war das Thema intern in aller Munde. Und es wurde ein voller Erfolg.“ Dann kam „die Pressearbeit. Die ist ganz wichtig. Wir müssen unsere Energiewende dem Bürger nahebringen. Denn auch wir im Finanzamt sind ‚die da oben‘ mit Vorbildcharakter“, nennt der Energiemanager einen weiteren Erfolgsfaktor.

Laut Wilhelm Forster ist der Pro-Kopf-Stromverbrauch im Landshuter Finanzamt seit 2013 auf knapp die Hälfte gesunken. Weitere Erfolgsmeldung: Ein Drittel

Wärme wird ebenfalls weniger verbraucht. „Das klappt aber nicht durch drohende Zeigefinger, sondern durch Motivation und Bewusstseinsveränderung.“

Aber egal ob in Finanzamt oder Kommune: Um ein Nachhaltigkeits-Bewusstsein in die Verwaltungsköpfe zu bringen, „dafür reichen Argumente bei weitem nicht aus“, sagt Frank Braun vom Beratungsverein Bluepingu e.V. aus Nürnberg: „Wenn man die Leute fragt, sind sie zu 99 Prozent für nachhaltige Beschaffung. Dennoch kaufen sie meist das Billigste.“ Privat wie im Dienst.

Dabei müsse Nachhaltigkeit gar nicht teurer sein. Ein Braun'sches Beispiel: Wenn nicht jede Abteilung selbst Druckerpapier beschaffe, sondern eine gemeinsame, größere Menge bestellt werde, sei selbst hochwertiges Recyclingpapier preiswert zu bekommen.

Mitarbeiter zum Mitmachen motivieren

Das positive Beispiel von Wolfgang Schwimmer von der Carmen-Arbeitsgruppe LandSchafttEnergie: „Die Amortisationszeit von LED-Lampen ist 0,9 Jahre. Eine davon spart künftig 8,82 Euro pro Jahr ein.“ Mit solch eindrucksvollen Zahlen lasse sich auch das „unsexy Thema Energiesparen transportieren“ und Mitarbeiter zum Mitmachen animieren. „Aber die Hausspitzen müssen es vorleben. Dann hat es Signalwirkung“, lautet Schwimmers zentrale Botschaft.

Natürlich können auch Angestellte selbst Beispiele geben. Im „CO₂-Fasten“ machen viele Klimaschutzmanager aus Kommunen der Metropolregion Nürnberg vor, wie sie in der Fastenzeit möglichst klimaneutral über die Runden kommen. Und sie kommunizieren das natürlich auch. Genauso wie sie erzählen, was nicht geklappt hat. Bernd Rothammel vom Landkreis Bayreuth: „Vegan-Pfannkuchen waren ein Desaster!“

Einen sehr interessanten Hinweis für Beschaffungen hat wiederum Jutta Einfeldt parat: „Bei Ausschreibungen dürfen Sie die Umweltverträglichkeit genauso berücksichtigen wie die Lebenszeitkosten von Geräten.“ Das ist in vielen Verwaltungen quer durch Deutschland offensichtlich Neuland. Standard ist bekanntermaßen die Vergabe nach dem Kriterium „billigster Anbieter“.

Beim Klimaschutz in Kommunen und Verwaltungen hängt also offenbar alles mit allem zusammen.



Vor allem Kommunen im ländlichen Raum haben hohe Potenziale zur Produktion und Nutzung von Bioenergie.

VORBILDICHE BIOENERGIEDÖRFER UND -STÄDTE GESUCHT

Bundeswettbewerb „Bioenergie-Kommunen“ gestartet

NICOLE PAUL, FNR E.V.

Seit 2010 schreibt das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) den Wettbewerb Bioenergie-Kommunen (früher Wettbewerb BioenergieDörfer) aus. Über 100 Kommunen haben sich bei den bisherigen 4 Wettbewerben schon beteiligt. Ende Februar 2019 lobte der Parlamentarische Staatssekretär im BMEL, Michael Stübgen, nun den 5. Bundeswettbewerb Bioenergie-Kommunen offiziell aus. Partner sind der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) sowie der Verband kommunaler Unternehmen (VKU). Die Umsetzung des Wettbewerbs erfolgt durch die Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe e. V. (FNR).

Auch in diesem Jahr sollen wieder Dörfer und Städte gewürdigt werden, die ihren Energiebedarf maßgeblich durch Nutzung von nachhaltig verfügbaren nachwachsenden Rohstoffen und biogenen Reststoffen und anderen erneuerbaren Energien decken und sich damit vorbildlich für Energiewende und Klimaschutz engagieren.

Drei Gewinner werden ausgezeichnet

Der Bundeswettbewerb „Bioenergie-Kommunen“ richtet sich an Städte, Gemeinden und Kreise in Deutschland, die einen Großteil ihres Strom- und Wärmebedarfs aus regional erzeugter Biomasse decken. Prämiert werden drei besonders erfolgreiche Bioenergie-Kommunen, die ein gutes Vorbild sind für die nachhaltige Entwicklung ländlicher Regionen und für Stadt-Land-Partnerschaften zur Bereitstellung und Nutzung von Biomasse bzw. Bioenergie für eine klimafreundliche, erneuerbare Energieversorgung.

Gesucht sind insbesondere BioenergieDörfer bzw. -städte, die Wärme, Strom und

ggf. auch Kraftstoffe aus Biomasse erfolgreich erzeugen und nutzen und die mit Akzeptanz und Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger die Energieversorgung auf Bioenergie und andere erneuerbare Energien umgestellt haben bzw. auf dem Weg dazu weit fortgeschritten sind. Nachhaltige, regionale Rohstoffbereitstellung, Innovation und intelligente Kombination von Bioenergie mit anderen erneuerbaren Energien sowie bürgerliches Engagement zeichnen vorbildliche Bioenergie-Kommunen aus. Die damit verbundene positive Entwicklung und Wertschöpfung in ländlichen Regionen, die vorteilhaften Stadt-Land-Partnerschaften und Bioenergie-Kommunen als attraktive Lebens- und Arbeitsorte möchte das BMEL mit dem Bundeswettbewerb ganz besonders herausstellen.

Vom BMEL werden dafür drei mit jeweils 10.000 Euro dotierte Preise „Bioenergie-Kommune 2019“ ausgeschrieben. Die Preisgelder sollen für die Weiterentwicklung der Bioenergie-Kommunen zum Einsatz kommen.

Eine unabhängige Jury wird die eingereichten Bewerbungen auswerten und die drei Gewinner auswählen. Bewertet werden die folgenden Kriterien:

- der Versorgungsgrad mit Bioenergie,
- die Effizienz, Nachhaltigkeit und Innovation der Biomassennutzung sowie Konzepte und Maßnahmen zur intelligenten Nutzung von Biomasse/ Bioenergie in Systemen mit weiteren erneuerbaren Energien,
- die regionale Wertschöpfung durch Bioenergie,
- kommunale Beschlussfassungen, Netzwerke und Beteiligung der Bevölkerung,

- Bioenergie in Marketing und Öffentlichkeitsarbeit der Kommune sowie
- die geplante Verwendung des Preisgeldes.

Bewerbungsschluss ist der 15. August 2019. Die Bioenergie-Kommunen 2016 Willebadessen, Neustrelitz und Ascha, die Sieger des letzten Wettbewerbs, suchen würdige Nachfolger.

Bewerbungsunterlagen

www.bioenergie-kommunen.de

ANZEIGE



SAUBERE LUFT!
DACHBAHNEN MIT
STICKOXID-FILTER



Jetzt Unterlagen
anfordern unter
www.binne.de/noxoff



Mit modernen Straßenlaternen können Kommunen einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leisten.

VORBILDFUNKTION FÜR DEN KLIMASCHUTZ

Klimaschutzpotenziale der kommunalen Straßenbeleuchtung

DR. DESIREE JUNG

Mehr als ein Drittel des kommunalen Energieverbrauchs entfällt auf die kommunale Straßenbeleuchtung. Insoweit haben Kommunen es in der Hand, durch Modernisierung veralteter Beleuchtungsinfrastruktur unter anderem Energie einzusparen, Emissionen zu reduzieren und damit einen wesentlichen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Durch Energieeffizienzmaßnahmen können darüber hinaus Kosten für den kommunalen Haushalt reduziert werden. Hinzu kommt, dass die Kommune in Wahrnehmung der Verantwortung für die Daseinsvorsorge eine öffentliche Vorbildfunktion einnimmt. Regelmäßig stehen auch Fördermittel zur Verfügung, um eine Umsetzung entsprechender Modernisierungsmaßnahmen

finanziell zu unterstützen (z.B. über die Richtlinie zur Förderung von Klimaschutzprojekten im kommunalen Umfeld „Kommunalrichtlinie“).

Bedarfsermittlung durch ganzheitliche Anlagenbetrachtung

Zu Beginn der Planung einer Modernisierungsmaßnahme ist eine Analyse der individuellen Ausgangssituation sinnvoll. Dazu gehört im ersten Schritt eine ganzheitliche Analyse der vorhandenen Anlagen (u. a. Anzahl der Lichtpunkte, vorhandene Mastsysteme, Leitungsnetz, etc.). Daneben sind aber auch rechtliche Fragen zu klären, wie z.B. wem das Eigentum an den Beleuchtungsanlagen gehört oder ob eine Erhebung von Ausbaubeiträgen möglich

und auch sinnvoll ist. Soweit Fördermittel für die Modernisierungsmaßnahmen beantragt werden sollen, sind in der Regel unter anderem auch Energieeinsparpotenziale für den Förderantrag zu ermitteln.

Ausschreibung als Chance für den Klimaschutz

Ist der Bedarf ermittelt und stehen sogar Fördermittel für die Modernisierungsmaßnahme zur Verfügung, muss in der Regel der Bedarf im Rahmen einer Ausschreibung im Wettbewerb vergeben werden. Die zwingende Einhaltung vergaberechtlicher Vorschriften ist, insbesondere bei Erhalt von Fördermitteln, von wesentlicher Bedeutung, um nicht eine Rückforderung der Fördergelder zu riskieren. Oftmals wird eine Ausschreibung als unvermeidbare Hürde zur Umsetzung des Bedarfs wahrgenommen. Vielfach bietet sie aber auch Chancen zur Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebotes. Dabei muss das wirtschaftlichste Angebot nicht nur das finanziell beste Angebot sein. So können bei der Gestaltung der Zuschlagskriterien, neben dem klassischen Zuschlagskriterium „Preis“, auch weitere Kriterien wie z.B. der Energieverbrauch der Leuchtmittel, eine Lebenszykluskostenbetrachtung, Nutzungsdauern oder Energieeinsparungen über die Vertragslaufzeit aufgestellt werden.

Klimaschutzziele können aber auch in anderen Phasen eines Ausschreibungsverfahrens Berücksichtigung finden. Bei Vergaben, die z.B. energieverbrauchsrelevante Produkte – wie Leuchtmittel – betreffen und oberhalb der einschlägigen Schwellenwerte für europaweite Ausschreibungen liegen, wird sogar eine Berücksichtigung in einzelnen Phasen der Ausschreibung vorgeschrieben (vgl. § 67 Vergabeverordnung). Die Kommune hat es z.B. in der Hand, Vorgaben über die Beschaffenheit eines Produktes aufzustellen und diesbezüglich eine Nachweisführung durch Gütezeichen zu verlangen.

Potenzial als Chancen für Kommune und Einwohner nutzen

Im Ergebnis steckt im Bereich der kommunalen Beleuchtung ein hohes Potenzial zur Erzielung vieler positiver Effekte, insbesondere auch für den Klimaschutz. Dieses Potenzial und die Chancen der Neugestaltung gilt es individuell und gewinnbringend für die Kommune und ihre Einwohner zu nutzen.



Dr. Desiree Jung,
Jung Rechtsanwältin
Fachanwältin für Vergaberecht
www.jung-rae.de

INTELLIGENTE VERSICHERUNGSKONZEPTE. DAMIT DER HAUSHALT NICHT BADEN GEHT.

Kommunen droht bei großen Schäden schnell ein finanzielles „Land unter“.
GVV-Kommunal schützt mit umfassendem Expertenwissen und maximalen Versicherungssummen
im Worst Case. Über 100 Jahre Erfahrung machen uns zu einem Partner mit höchster Kompetenz.
Mit uns behalten Sie bei jedem Schaden den Kopf über Wasser.



AUSGEZEICHNETES BEISPIEL

Die Klimapartnerschaft zwischen Wernigerode in Sachsen-Anhalt und dem vietnamesischen Hoi An erhielt den ersten Deutschen Nachhaltigkeitspreis „Globale Partnerschaften“ für Kommunen

DR. STEFAN WILHELMY

Hoi Ans Altstadt erstrahlt seit neuestem klimaneutral mit Solarstrom.

In Wernigerode weiß man: Kommunaler Klimaschutz zahlt sich doppelt aus: Er ist zugleich lokaler Beitrag gegen die globale Erderwärmung und Anstoß zur Modernisierung der Infrastruktur vor Ort. So beschloss der Stadtrat 2014 ein integriertes Klimaschutzkonzept. Dass das Engagement größere Kreise ziehen würde, weit über die Stadtgrenzen hinaus, daran mag zunächst niemand gedacht haben.

Kurz zuvor hatte Wernigerode die erste deutsche Städtepartnerschaft mit einer vietnamesischen Kommune besiegelt: Wie Hoi An hat Wernigerode eine beeindruckende Altstadt, ein Touristenmagnet. Doch der Wirtschaftsfaktor Fremdenverkehr ist anfällig für die Folgen des Klimawandels. Da lag es nahe, die Städtepartnerschaft im gegenseitigen Interesse mit Aktivitäten rund um Klimaschutz zu beleben. Möglich wurde das mit Unterstützung der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) von Engagement Global.

Langfristige Zusammenarbeit angestrebt

Wernigerode und Hoi An konnten so von der Unterstützung durch das Projekt Kommunale Klimapartnerschaften profitieren, das in diesem Jahr in die siebte Runde startet. Im Rahmen einer Klimapartnerschaft geht es nicht nur um die Umsetzung eines Projektes, sondern um eine längerfristige Zusammenarbeit von Kommunen zu Klimaschutz und Klimafolgenanpassung. Dabei werden von beiden Kommunen sogenannte Handlungs-

programme gemeinsam entwickelt und schrittweise umgesetzt. Der regelmäßige Fachaustausch zwischen Kommunen bildet dabei die Grundlage für eine nachhaltige Partnerschaft auf Augenhöhe. Dieser Austausch erfolgt sowohl über die Distanz (per Mail, Videokonferenzen etc.) als auch durch persönliche Treffen.

WIR UNTERSTÜTZEN SIE

Sie möchten sich für kommunale Entwicklungspolitik und die Umsetzung der weltweiten Agenda 2030 engagieren und fragen sich, wie Sie sich dafür personelle und finanzielle Spielräume oder fachliche Beratung erschließen können? Dabei helfen wir: Wenden Sie sich an die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt und nutzen Sie unsere vielfältigen Angebote. Wir unterstützen Sie bei Vernetzung, Fachaustausch, Projekten und Partnerschaften sowie bei Themen wie Fairer Handel/Faire Beschaffung, Migration und Entwicklung oder Global Nachhaltige Kommune. Unsere Angebote richten sich an Verwaltung und Politik, aber auch an kommunale Unternehmen, und erfolgen im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ).

Tel.: 0228 20 717-670
service-eine-welt@engagement-global.de
<https://skew.engagement-global.de>

Wernigerode und Hoi An wählten als Schwerpunkte in ihrem gemeinsamen Handlungsprogramm erneuerbare Energien und Abfallbeseitigung und sensibilisierten zunächst die Öffentlichkeit in Hoi An: Sie verschenkten z.B. Jutetaschen und pflanzten 30 Bäume.

Leuchtturmprojekt Solaranlage

Beim Vollmondfest verzaubern auf dem Meer schwimmende Glückslichter die Bucht von Hoi An; Fachleute aus Wernigerode regten an, keine Kerzenhalter aus Styropor mehr zu verkaufen – recycelter Karton schwimmt auch und ist umweltfreundlich. So wuchsen kleine Ideen zu größeren heran und schon bald sollte die „Bunte Stadt am Harz“ mit Solarstrom für farbige Lampions und Lichtfiguren sorgen, damit Hoi Ans Altstadt, seit 1999 UNESCO Weltkulturerbe, klimafreundlich erstrahlen kann: Dank einer finanziellen Förderung durch das Projekt der SKEW „Nachhaltige Kommunalentwicklung durch Partnerschaftsprojekte (Nakopa)“ aus Mitteln des BMZ konnten beide Städte gemeinsam eine 55 kWh-Solaranlage für 145.000 Euro errichten – ein Leuchtturmprojekt: In Vietnam hat kommunaler Solarstrom großes Potenzial. Hoi An macht den Nutzen erneuerbarer Energien nun für alle sichtbar, buchstäblich ein leuchtendes Beispiel für andere Kommunen in Südostasien.

Durch den Fachaustausch lernten nicht nur die vietnamesischen Partner dazu: Wegen des Klimawandels wird Hoi An



Bundesentwicklungsminister Dr. Gerd Müller (r.) verlieh an den Oberbürgermeister von Wernigerode Peter Gaffert (3.v.r.), Houng Trute (2.v.r.), Wernigeröder Interkulturelles Netzwerk und Tran Van Nhan (2.v.l.), Stv. Leiter des Volkskomitee-Büros Hoi An, den ersten Deutschen Nachhaltigkeitspreis „Globale Partnerschaften“ für Kommunen.

immer öfter von Überschwemmungen getroffen. Als eine vietnamesische Delegation während eines Klima-Partnerschaftsbesuches ein Sommerhochwasser in Wernigerode erlebte, stand sie der Partnerstadt mit praktischen Anregungen aus eigener Erfahrung zur Seite. Außerdem konnte Wernigerode von Hoi An's Test mit 30 Elektrofahrzeugen für den Tourismussektor profitieren: Beim Thema Elektromobilität hat die vietnamesische Partnerstadt die Nase vorn.

Auch Stadtwerke machen mit

Mit Unterstützung der Stadtwerke war Wernigerode seiner Partnerstadt dabei behilflich, eine Müllabfuhr nach deutschem Vorbild aufzubauen. Hoi An entwickelte das Konzept weiter und plant, den Fuhrpark dafür elektrisch zu betreiben – eine Idee, die nun wiederum Wernigerode inspiriert.

Gemeinsam mit dem BMZ will die Servicestelle solch vorbildlich partnerschaftliches Engagement für die Ziele der Agenda 2030 sichtbarer machen und würdigen.

Daher haben BMZ und SKEW im vergangenen Jahr erstmals den bundesweiten Deutschen Nachhaltigkeitspreis „Globale Partnerschaften“ vergeben: Bundesentwicklungsminister Dr. Gerd Müller überreichte beiden Städten die Auszeichnung vor 2.000 Gästen aus Politik, Wirtschaft, Wissen-

schaft und Zivilgesellschaft als Höhepunkt des Deutschen Nachhaltigkeitstages. Mit dem Preisgeld, je 30.000 Euro, wollen Hoi An und Wernigerode weitere Photovoltaikanlagen bauen – für jede Stadt eine.

Dr. Stefan Wilhelmy, Bereichsleiter Servicestelle Kommunen in der Einen Welt ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH / Bonn

Foto: Dantasz Miszral

ANZEIGE



Nothilfe Zyklon Idai – jetzt spenden!

Der tropische Wirbelsturm Idai hat im südlichen Afrika eine Spur der Verwüstung hinterlassen. In Mosambik, Simbabwe und Malawi haben Hunderttausende Menschen alles verloren. Aktion Deutschland Hilft leistet Nothilfe. **Helfen Sie den Menschen jetzt – mit Ihrer Spende!**



Spendenkonto: DE62 3702 0500 0000 1020 30

Stichwort: Zyklon Idai

Jetzt spenden unter: www.Aktion-Deutschland-Hilft.de



GARTENSTADT DREWITZ WIRD ERSTER CO₂-NEUTRALER STADTTEIL POTSDAMS

Das Projekt „Wohnen leitet Mobilität“ vom Verkehrsclub Deutschland (VCD) begleitet das Quartier auf seinem Weg

ALMUT GAUDE, VCD

Bei der Entwicklung von Drewitz mit seinen fast 6.000 Bewohnerinnen und Bewohnern zur klimafreundlichen Gartenstadt spielen mehrere Faktoren eine entscheidende Rolle. Nicht nur braucht es intelligente Mobilitätsmaßnahmen, Grün- und Freiraumgestaltung sowie eine energetische Sanierung der Gebäude. Auch umfassende Beteiligungsmöglichkeiten der Bewohnerinnen und Bewohner sind ein zentraler Baustein.

Gartenstadt der kurzen Wege

Das Konzept der „Stadt der kurzen Wege“ ist in Drewitz schon weitestgehend Realität: Einkaufsmöglichkeiten, Schulen, Kitas und ÖPNV-Haltestellen sind weniger als einen Kilometer Fußweg von allen Wohnungen entfernt.

Im Jahr 2017 führte die Gartenstadt eine flächendeckende Parkraumbewirtschaftung ein. Stellplätze in der Mitte des Stadtteils wurden zu einem Stadtteil-Park umgebaut. Dieser bildet das Herzstück der Gartenstadt und beherbergt neben vielen Aufenthalts- und Grünflächen einen Spielplatz und Brunnen. Die digitale Buchungsplattform („Ampido“) ermöglicht Parkplatz-Sharing durch die Anwohnerinnen und Anwohner. Außerdem gilt in der

gesamten Gartenstadt Tempo 30 und die Straßen sind als verkehrsberuhigte Bereiche ausgewiesen. Dies vermeidet Durchgangs- und Zubringerverkehr zur nahe gelegenen Autobahn. Das Ziel: weniger Lärm und mehr Aufenthaltsqualität.

Umweltfreundlich unterwegs mit Fahrrad, Bus & Bahn

Die Gartenstadt Drewitz verfügt über eine sehr gute ÖPNV-Anbindung an die Innenstadt. Busse und Straßenbahnen verkehren in der Hauptverkehrszeit im Fünf- bis Zehn-Minutentakt. Die Stationen sind fußläufig in rund fünf Minuten zu erreichen.

Mieterinnen und Mieter von Ein- bis Zwei-Zimmerwohnungen des kommunalen Wohnungsunternehmens ProPotsdam haben in Drewitz einmalig Anspruch auf ein kostenloses ÖPNV-Jahresticket für Potsdam. Damit sollen vor allem jungen Erwachsenen Alternativen zum eigenen Auto aufgezeigt werden.

Eine Fahrradservicestation ermöglicht die unkomplizierte Wartung und Reparatur des eigenen Rads. Zudem gibt es in Drewitz seit 2016 eine Fahrradleihstation.

Damit die Gartenstadt Drewitz ihr Ziel erreicht und erster CO₂-neutraler Stadtteil Potsdams wird, sind drei Schritte notwen-

dig. Erstens müssen bis zum Jahr 2025 Barrieren abgebaut werden – sowohl in der Wohnsiedlung als auch im Bereich des ÖPNV, wo etwa barrierearme Umstiegsmöglichkeiten geschaffen werden sollten und der ÖPNV in das überregionale Mobilitätsnetz integriert werden muss.

Zweitens braucht es einen Vorstoß bei der Elektromobilität. So muss das Wegetz für elektrisch betriebene Verkehrsmittel angepasst und eine entsprechende Ladeinfrastruktur geschaffen werden.

In die Zukunft mit Elektromobilität und Sharing

Schließlich ist drittens der Aufbau von Sharing-Systemen notwendig. Dazu gehört auch der Ausbau der zugehörigen Infrastruktur (zum Beispiel Fahrradwerkstätten und überdachte Abstellanlagen), insbesondere an ÖPNV-Haltestellen. Auch der „Mobilitätsbonus“ (kostenlose Tickets für Mieterinnen und Mieter der ProPotsdam), der sich bislang lediglich auf Tickets für den ÖPNV bezieht, soll auf Sharing-Systeme ausgeweitet werden (zum Beispiel durch eine Kombination von Carsharing und Mietvertrag). Die Herausforderung liegt hier in einer strategischen Mieterkommunikation, um die Nutzungsquote von Sharing-Stationen dauerhaft zu erhöhen.

Nur alle drei Bausteine zusammen ermöglichen es der Gartenstadt Drewitz, im Jahr 2050 zum ersten CO₂-neutralen Stadtteil Potsdams zu werden.

Bis zum Jahr 2050 soll Drewitz zum ersten CO₂-neutralen Stadtteil Potsdams werden.



Foto: Carsten Hagenau

Weitere Infos

Masterplan Gartenstadt Drewitz: www.potsdam.de/sites/default/files/documents/masterplan_gartenstadt_drewitz.pdf (bit.ly/2lTvSpE)

Klimaschutzkonzept der Gartenstadt:

www.potsdam.de/sites/default/files/documents/iekk_drewitz_langf.pdf (bit.ly/2tUCmdv)

Projekt »Wohnen leitet Mobilität«:

www.vcd.org/themen/wohnen-und-mobilitaet

Gute Beispiele-Datenbank von »Wohnen leitet Mobilität« zu intelligent-mobilen Wohnquartieren:

www.vcd.org/themen/wohnen-und-mobilitaet/gute-beispiele (bit.ly/2GZ5zg5)



Das Dach dieses Kita-Neubaus in Mönkeberg filtert die Luft.

NEUE KITA SORGT FÜR GUTE LUFT

Für eine bessere Luft in unseren Städten gibt es nicht die eine große Lösung, sondern viele kleine. Eine davon: Dachbahnen mit eingebautem Luftfilter

GERO FISCHER

Mehr Elektromobilität, weniger innerstädtischer Verkehr, besserer ÖPNV: Es gibt zahlreiche Maßnahmen, die die Schadstoffbelastung – und vor allem die Stickoxidbelastung – in den Städten senken und die Luft insgesamt verbessern sollen. Am Beispiel der Gemeinde Mönkeberg in Schleswig Holstein zeigt sich eine weitere: So kann sogar der Bau einer Kindertagesstätte für bessere Luft sorgen.

Denn beim Neubau der Kita Vossbarg Ost, die Anfang des Jahres eröffnet wurde, hat die Gemeinde Mönkeberg als

Bauherrin auf ein Dach mit einer speziellen Beschichtung gesetzt. Die verlegten Dachbahnen schützen nicht nur vor Nässe und Kälte, sondern dienen gleichzeitig als Luftfilter. Photokatalyse heißt das Verfahren, bei dem die Dachbahnen unter Sonneneinstrahlung schädliche Stickstoffoxide (Abkürzung: NOx) binden und so aus der Luft filtern. Das Prinzip der „NOxOFF“ genannten Bahnen: Der oberen Schiefer-schicht ist Titanoxid beigemischt, das in der Luft befindliches Stickstoffoxid bei Sonneneinwirkung absorbiert und in Nitrat umwandelt. Die Nitratmenge, die dabei

entsteht, ist sehr gering und unbedenklich für das Grundwasser.

„Das ist ein Salz wie es in ganz normaler Zahnpasta vorkommt, völlig unschädlich. Regen spült dieses Salz dann ab“, erläutert Peter Danker von der Firma Binné und Sohn. Das Familienunternehmen aus Pinneberg, spezialisiert auf die Herstellung von Dachabdeckungen, hat gemeinsam mit einer dänischen Firma das Verfahren entwickelt.

Geringe Mehrkosten für die Umwelt

Und der Effekt lässt sich klar beziffern: 100 Quadratmeter der Dachbahnen reduzieren die Luft um 1 Kilogramm Stickstoffoxid im Jahr. Das entspricht ungefähr der Menge, die ein Pkw der Euro-5-Norm mit einer jährlichen Laufleistung von 12.000 Kilometern ausstößt. Beim Mönkeberger Kita-Neubau wurden zum Beispiel 1.500 Quadratmeter Dachbahnen verlegt. Sie neutralisieren dementsprechend die Verschmutzung von rund 15 Pkw der Euro-5-Norm. Dabei bedeutete die umweltfreundliche Investition für die Gemeinde nur geringfügige Mehrkosten beim Bau der Kita. Zudem hat die Beschichtung noch einen zusätzlichen Nebeneffekt: Neben den giftigen Stickstoffoxiden werden auch organische Stoffe mit abgebaut. Die Bahnen bleiben länger sauber – das Dach sieht länger schön aus.

Der Photokatalyse-Prozess findet bei Sonnenschein kontinuierlich statt, ohne dass es dabei zu Abnutzungseffekten kommt. Solange der Schiefer auf der Dachbahn bleibt, so lange machen diese auch die Luft besser. Das spiegelt sich auch in der Haltbarkeit wieder: „Die Lebensdauer der Dachbahnen liegt bei 30 bis 40 Jahren“, sagt Peter Danker.

ANZEIGE

IHRE EXPERTEN FÜR ENERGIE- UND VERGABERECHT



ENERGIERECHT

- Vorbereitung und Begleitung von Strom-, Gas-, Wasser- und Fernwärmekonzessionen
- Vorbereitung und Begleitung von Netzübernahmen
- Rekommunalisierungsprojekte bzw. Stadtwerkegründung
- Fragen der öffentlichen Straßenbeleuchtung



VERGABERECHT

- Vorbereitung und Begleitung von Vergabeverfahren oberhalb und unterhalb der Schwellenwerte
- Begutachtung von Inhouse- und Direktvergabemöglichkeiten
- Begleitung in Nachprüfungsverfahren

jung
Rechtsanwälte

Jung Rechtsanwältin
Dr. Desiree Jung

📍 Augustinusstraße 11c
50226 Frechen
☎ (0 22 34) 9 93 79-11
☎ (0 22 34) 9 93 79-19
✉ d.jung@jung-rae.de
🌐 www.jung-rae.de



Stadtbusse, die mit Biogas betrieben werden, haben deutliche ökologische und ökonomische Vorteile.

DIE MOBILITÄTSWENDE BRAUCHT NICHT EINE, SONDERN VIELE GUTE IDEEN

Verkehrswende erfordert neues Denken

RAINER KNAUBER

Auf der Straße ist die Energiewende noch nicht angekommen. Während die Emissionen des Klimagases CO₂ in Haushalten, Industrie und Energiewirtschaft seit 1990 signifikant gesunken sind, steigen sie im Verkehrsbereich weiter an. Zudem werden in vielen deutschen Städten die Grenzwerte für gesundheitsschädliche Stickoxide regelmäßig überschritten. Der Trend zur Urbanisierung mit zunehmendem Verkehr führt zu mehr Staus, der ÖPNV ist für viele keine Alternative und stößt an die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit.

Es ist also Zeit, die Verkehrswende neu zu denken. Dies erfordert zuerst ein Umdenken im politischen Raum. Dort muss Mobilität stärker als bisher ganzheitlich gedacht werden: Jedes Verkehrsmittel, jede Antriebsart und jeder Energieträger sollte mit verkehrspolitischem Blickwinkel zur Optimierung des Gesamtsystems unter ökologischen, ökonomischen und sozialen Gesichtspunkten seine Stärken ausspielen können.

E-Antriebe sind eine Lösung – aber nicht die einzige

Vor diesem Hintergrund muss auch die Elektromobilität betrachtet werden. Sie ist nicht die verkehrspolitische Allzweckwaffe, auch wenn man mit Blick in die Medien diesen Eindruck gewinnen könnte. Es ist natürlich keine Frage: Elektrofahrzeuge haben große Stärken, vor allem für Strecken in der City, wo es um lokale Abgasfreiheit und geringe Lärmemissionen

geht. Aber die nach wie vor beschränkte Reichweite im Vergleich zu konventionellen Fahrzeugen, höhere Anschaffungskosten und der komplizierte und langwierige Aufbau einer attraktiven Infrastruktur lässt nach wie vor Zweifel an der schnellen und breiten Marktdurchdringung von E-Fahrzeugen aufkommen.

Die Verfehlung aller bisherigen politischen E-Fahrzeug-Ziele auf Bundes- und Landesebene bestätigt dies leider. Selbst lukrative Förderprogramme werden von den Verbrauchern eher zögerlich in Anspruch genommen, trotz eines ständig wachsenden Fahrzeugangebotes. Und schließlich: Für das Klima ist ein E-Fahrzeug erst dann gut, wenn der Ladestrom auch tatsächlich CO₂-frei ist.

Schnelle Verbesserungen sind möglich – z.B. mit Erdgasantrieben

Wenn wir aber schnell wirksame Instrumente, zum Beispiel im Kampf gegen Feinstaub und Stickoxide brauchen, lohnt es sich daher, auch andere alternative Antriebe in das Denken mit einzubeziehen, nicht zuletzt Erdgasfahrzeuge. Für längere Strecken, für Handwerker, Taxis und Gewerbe oder auch für den öffentlichen Nahverkehr bieten diese sich an.

Erdgas-Autos stoßen 90 Prozent weniger Stickoxide und fast ein Viertel weniger CO₂ als die derzeit stark in der Diskussion befindlichen Diesel-Fahrzeuge aus. Sie emittieren zudem fast keinen Feinstaub und sind leiser als Dieselmotoren. Erdgas-

Antriebe sind deshalb überall dort eine gute Alternative, wo heute meist noch Dieselmotoren eingesetzt werden – etwa bei der Stadtreinigung. In Berlin beispielsweise werden die Hälfte der 300 BSR-Müllwagen bereits mit aus Bioabfall gewonnenem Biogas betrieben. Das allein spart rund 9.000 Tonnen CO₂ in diesem Fuhrpark ein, ein Beleg für schnellen und effektiven Klimaschutz.

Dies könnte auch für den öffentlichen Verkehr Vorbild sein – so wie bereits in vielen deutschen und europäischen Städten. Laut einer aktuellen Studie der Brancheninitiative „Zukunft Erdgas“ haben gasbetriebene Stadtbusse deutliche ökologische und ökonomische Vorteile. Das gelte vor allem, wenn sie mit Biogas betrieben werden. Mit Bio-Erdgas und ggf. zukünftig synthetischen Gasen wären die großen Gelben klimaneutral unterwegs, zu akzeptablen Mehrkosten, mit hoher Zuverlässigkeit und ohne Nutzungseinschränkungen.

Für eine schnelle Mobilitätswende müssen wir deshalb nicht DIE EINE, sondern viele gute Ideen und Instrumente auf die Straße bringen.



Rainer Knauber,
Leiter Konzernkommunikation
der GASAG-Gruppe, Berlin

GEMEINSAM FÜR UNSERE KOMMUNEN

Das kommunale Praxismagazin **WirKommunalen** ist eine Plattform für alle Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker und bietet Information, Orientierung, Anreiz und Wertschätzung für das kommunale Engagement.



Bestellen Sie unter: Telefon 030/7407 316-61, Telefax 030/7407 316-63, E-Mail vertrieb@ask-berlin.de

WirKommunalen erscheint unregelmäßig 2-3 Mal im Jahr und ist zum Einzelheftpreis von 5,- € inkl. MwSt. zzgl. Versandkosten erhältlich.



Bundesministerium
für Ernährung
und Landwirtschaft

KOMMUNEN
BIOENERGIE 2019



Bundeswettbewerb

*Bioenergie-Kommunen 2019 –
Jetzt bewerben!*

www.bioenergie-kommunen.de